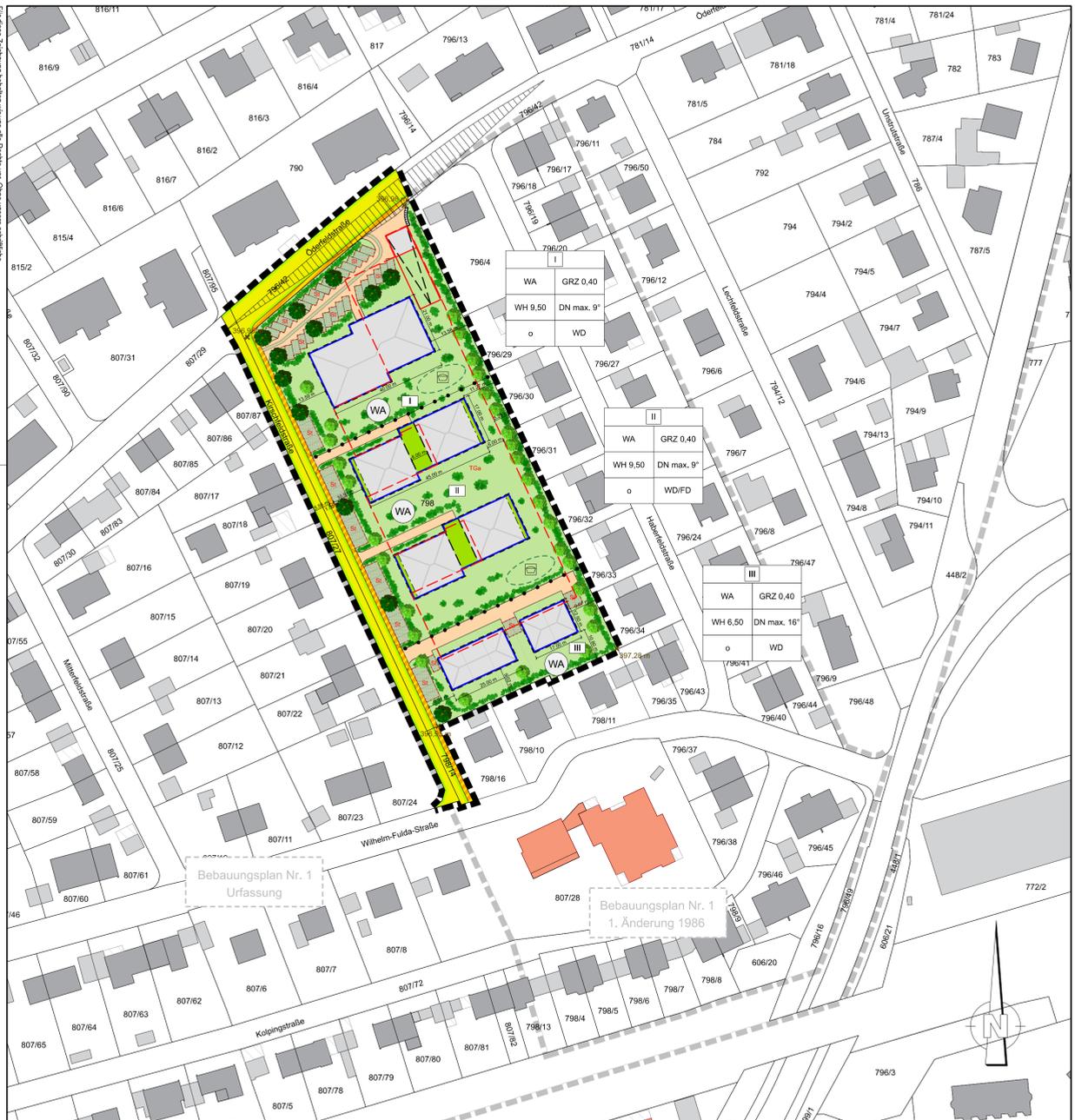


Für diese Zeichnung wurden wir als Revisor für Öffentlich-rechtliche Bauplanung durch die Bayerische Ingenieurkammer für Bauingenieure (BIB) beauftragt. Die Zeichnung ist als öffentlich-rechtliche Bauplanung zu verstehen. Sie ist auf unsere Verfahrensvorgaben, sowie die von uns genehmigten Zeichnungen zu beziehen.



11. Änderung des Bebauungsplans Nr. 1 "für das Gebiet an der Weichselstraße - Bundesbahn - Wolfgang-Leeb-Straße" der Stadt Töging a. Inn
 Die Stadt Töging a. Inn erlässt gemäß § 2 Abs. 1, §§ 8, 9, 10 und 13a des Baugesetzbuches (BauGB), der Bauordnungsverordnung (BauNVO), des Art. 23 der Gemeindeverordnung für den Freistaat Bayern (GO) und des Art. 81 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) diesen Bebauungsplan als Satzung.

A. FESTSETZUNGEN DURCH PLANZEICHEN

1. Geltungsbereich
 ■■■ Grenze des räumlichen Geltungsbereiches (Änderungsbereichs)

2. Art der Baulichen Nutzung
 (WA) allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO

3. Maß der baulichen Nutzung
 Erläuterung der Nutzungsschablonen:

	I		Nutzungsbereich z. B. I
allgemeines Wohngebiet	WA	GRZ 0,40	Grundflächenzahl (GRZ)
max. traufseitige Wandhöhe z. B. 9,50 m	WH 9,50	DN max. 9°	max. zulässige Dachneigung z. B. maximal 9°
offene Bauweise	o	WD	Dachform, z. B. Walmdach

- - - - - Abgrenzung von Bereichen unterschiedlicher Nutzung

- 4. Bauweise, Baugrenzen, Gebäudegestaltung**
- o offene Bauweise
 - Baugrenze
 - - - 2. Obergeschoss zurückgesetzt
 - Walmdach
 - Flachdach, Dachbegrünung zulässig
 - Fläche für Tiefgarage
 - Tiefgaragenrampe mit überdachter Einfahrt
 - Lärmschutzwand an der Tiefgarageneinfahrt

- 5. Verkehrsflächen**
- öffentliche Verkehrsfläche
 - öffentliche Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung: Geh- und Radweg
 - private Verkehrsfläche, teilversiegelt
 - private Verkehrsfläche, teilversiegelt z.B. Rasenfugenpflaster
 - Fläche für private Stellplätze
 - Straßenbegrenzungslinie
 - einzuhaltendes Sichtdreieck

- 6. Grünflächen**
- private Fläche mit Pflanzbindung, Nebenanlagen zulässig
 - Laubbaumpflanzung (Astansatz höher als 2,5 m)
 - Obst- oder Laubbaumpflanzung (vorgeschlagener Standort)
 - Strauchpflanzung (vorgeschlagener Standort)
 - Spielplatz

B. HINWEISE UND NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN DURCH PLANZEICHEN

- bestehende Grundstücksgrenze gemäß amtlicher Flurkarte
- 798 bestehende Flurstücksnummer gemäß amtlicher Flurkarte, z.B. 798
- bestehendes Gebäude gemäß amtlicher Flurkarte
- bestehendes öffentliches Gebäude gemäß amtlicher Flurkarte
- Grenze der räumlichen Geltungsbereiche benachbarter Bebauungspläne
- vorgeschlagene Grundstücksteilung
- 407,35 m x Geländehöhe in m ü. NN

C. FESTSETZUNGEN DURCH TEXT

1. Art der baulichen Nutzung
 Der Änderungsbereich wird als allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO festgesetzt.

2. Maß der baulichen Nutzung
 2.1 Die Grundflächenzahl (GRZ) gemäß § 19 Abs. 1 BauNVO beträgt 0,4.
 2.2 Die zulässige Grundfläche darf durch die Grundflächen von
 1. Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten,
 2. Nebenanlagen im Sinne des § 14 der BauNVO,
 3. baulichen Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird, bis zu einer Grundflächenzahl von 0,6 überschritten werden.

Eine darüber hinausgehende Überschreitung der zulässigen Grundfläche bis zu einer Grundflächenzahl von 0,8 wird zugelassen durch die Grundflächen von baulichen Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird, wenn deren Geländeoberfläche dauerhaft begrünt wird.

2.3 Die Abstandsflächen nach Art. 6 BayBO sind einzuhalten.
3. Bauweise
 3.1 Für die allgemeinen Wohngebiete wird die offene Bauweise festgesetzt.
 3.2 Im Nutzungsbereich I ist ein Mehrfamilienhaus zulässig. Im Nutzungsbereich II sind zwei Mehrfamilienhäuser zulässig. Im Nutzungsbereich III sind Doppelhäuser oder Reihenhäuser zulässig.
 3.3 Im Nutzungsbereich I sind in dem Wohngebäude maximal 29 Wohneinheiten zulässig. Im Nutzungsbereich II sind in den Wohngebäuden jeweils maximal 24 Wohneinheiten zulässig. Im Nutzungsbereich III ist je Reihenhauselement bzw. je Doppelhaushälfte maximal 1 Wohneinheit zulässig.

4. Zulässigkeit von baulichen Anlagen außerhalb der Baugrenzen
 4.1 In den Nutzungsbereichen I und II sind Balkone nur an den Nord- und Südseiten der Gebäude zulässig.
 4.2 Balkone dürfen die Baugrenze bis zu einer Tiefe von 1,50 m überschreiten, jedoch nur, wenn sie nicht mehr als drei Viertel der Außenwandlänge in Anspruch nehmen.
 4.3 Im Bereich der Flächen mit Pflanzbindungen sind dem Nutzungszweck des allgemeinen Wohngebiets dienende Nebenanlagen, Balkone, Terrassen und Wege auch außerhalb der Baugrenze zulässig.

5. Höhenlage der Gebäude
 5.1 In den Nutzungsbereichen I und II wird die traufseitige Wandhöhe mit max. 9,50 m festgesetzt. Im Nutzungsbereich III wird die traufseitige Wandhöhe mit max. 6,50 m festgesetzt.
 Als traufseitige Wandhöhe gilt das Maß ab Oberkante Fertigfußboden des untersten oberirdischen Geschosses im Sinne von Art. 2 Abs. 7 BayBO bis zum Schnittpunkt der Außenwand mit der Dachhaut an der Traufseite.
 5.2 Bei der Neuerrichtung von Gebäuden darf die Oberkante Fertigfußboden im untersten oberirdischen Geschoss im Sinne von Art. 2 Abs. 7 BayBO max. 0,30 m über der Bezugsgeländehöhe liegen. Als Bezugsgeländehöhe gilt 396,95 m ü. NN.

6. Gestaltung der Gebäude
 6.1 Dachform: Im Nutzungsbereich I sind Walmdächer mit einer Dachneigung von max. 9° zulässig. Im Nutzungsbereich II sind Walmdächer mit einer Dachneigung von max. 9° sowie Flachdächer zulässig. Im Nutzungsbereich III sind Walmdächer mit einer Dachneigung von max. 16° zulässig.
 6.2 Deckungsmaterial: Es sind Dachdeckungen mit grauem Alublech oder grauen Betondachpfannen zulässig. Blendende Materialien sind nicht zulässig. Auf Flachdächern ist Dachbegrünung zulässig.
 6.3 Solaranlagen auf Dächern: Solaranlagen auf Dächern sind entweder in die Dachfläche zu integrieren oder parallel zu dieser in einem Abstand von max. 0,20 m (OK Dachfläche bis OK Solaranlage) anzuordnen.
 6.4 In den Nutzungsbereichen I und II sind private Antennen- und Satellitenempfangsanlagen auf Dächern, Terrassen und Wänden unzulässig. Satellitenempfangsanlagen für Hausgemeinschaften sind zulässig.
 6.5 Fassadengestaltung: An den Fassaden dürfen keine grellen oder stark reflektierenden Materialien verwendet werden. Grundsätzlich sind für verputzte Außenwände helle, unaufdringliche Farben zu verwenden. Einzelne Akzente können durch abweichende Farben gesetzt werden.

7. Flächen für Stellplätze und Tiefgarage
 7.1 Stellplätze und Tiefgarage sind innerhalb der Baugrenzen sowie auf den dafür festgesetzten Flächen zulässig.
 7.2 Es gilt die Stellplatzsatzung der Stadt Töging a. Inn vom 29. Juli 2020. Davon abweichend sind für Mehrfamilienhäuser 20 % der oberirdischen Stellplätze für Besucher bereitzustellen. Die Besucherstellplätze sind überwiegend im Bereich der Stellplätze an der Oederfeldstraße einzurichten.
8. Einfriedungen
 Es gilt die Einfriedungssatzung vom 3. Dezember 2020. Um das Unterkrichen von Kleintieren zu ermöglichen, ist zwischen Unterkante Einfriedung und Oberkante Gelände ein Abstand von 0,15 m einzuhalten.

9. Oberflächenentwässerung
 9.1 Das Niederschlagswasser ist breitflächig unter Ausnutzung der belebten oberen Bodenschicht in den Untergrund zu leiten. Es darf nicht in den Schmutzwasserkanal geleitet werden. Es gilt die Entwässerungssatzung der Stadt Töging a. Inn vom 21. November 2012.
 9.2 Stellplätze, Wege und sonstige befestigte Flächen auf den Grundstücken sind wasserdurchlässig auszuführen (z.B. Rasenfugenpflaster, Rasengittersteine, wassergebundene Decke). Asphaltierte Flächen sind nicht zulässig.

10. Ver- und Entsorgung
 10.1 Stromversorgung: Die zur Stromversorgung notwendigen Kabelverteilerschränke sind im Privatgrund aufzustellen und so in den Einfriedungen zu integrieren, dass sie von außen jederzeit zugänglich sind. Bei Baumpflanzungen ist gemäß DIN 18520 zu Kabeltrassen ein Abstand von 2,5 m einzuhalten.
 10.2 Wasserversorgung: Die Trinkwasserversorgung hat durch Anschluss an die zentrale Wasserversorgung zu erfolgen.
 10.3 Es gilt die Entwässerungssatzung der Stadt Töging a. Inn vom 21. November 2012.

D. HINWEISE UND NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN DURCH TEXT

- 11. Grünordnung**
 11.1 Stellplätze: Oberirdische Stellplätze sind mit Baumpflanzungen zu untergliedern. Gemäß Planzeichen sind Laubbäume mit einem Astansatz höher als 2,5 m nach Artenliste 11.8 zu pflanzen, zu pflegen und dauerhaft zu erhalten.
 11.2 Die nicht überbauten und nicht für Zufahrten benötigten privaten Flächen mit Pflanzbindungen sind bis spätestens ein Jahr nach Bezugsfertigkeit zu begrünen und insbesondere an der Grenze zu benachbarten Grundstücken mit Strauchpflanzungen nach Artenliste 11.10 zu gestalten. Flächendeckende Steinschichten oder Kiesschüttungen ohne Vegetationsschicht (Kiesgärten) sind unzulässig. Der Erhalt der Pflanzen ist durch regelmäßige und fachgerechte Pflege zu sichern.
 11.3 Pro angefangenen 200 m² nicht überbauter Grundstücksfläche ist an geeigneter Stelle mindestens ein standortheimischer Obstbaum nach Artenliste 11.9 oder Laubbaum nach Artenliste 11.8 zu pflanzen, zu pflegen und dauerhaft zu erhalten.
 11.4 Baumpflanzungen sind nur außerhalb der unterbauten Flächen (Tiefgarage, Keller) zulässig.
 11.5 Pflanzverbote (Negativliste) für Neupflanzungen: Nadelgehölze aller Art (auch Thujaen), hängende, säulen- und pyramidenförmige sowie buntblauartige Arten und Sorten und streng geschützte Formhecken sind nicht zulässig.
 11.6 Begrünung von Spielplätzen: Zur Eingrünung des Spielplatzes sind Arten mit giftigen Früchten oder Inhaltsstoffen nicht zulässig.
 11.7 Pflanzabstände: Bei Bepflanzungen sind die im Nachbarrecht (AGBGB) geregelten Pflanzabstände zu beachten.
 11.8 Artenliste für Laubbaumpflanzungen (autochthones Pflanzmaterial): Mindestqualität: Hochstamm, 3x verpflanzt, Stammumfang großkroniger Laubbäume mind. 16 - 18 cm, kleinkronige Laubbäume mind. 12 - 14 cm
Acer platanoides Spitz-Ahorn
Acer pseudoplatanus Berg-Ahorn
Acer campestre Feld-Ahorn
Fagus sylvatica Rotbuche
Fraxinus excelsior Esche
Quercus robur Stiel-Eiche
Sorbus aucuparia Eberesche
Carpinus betulus Hainbuche
Tilia cordata Winter-Linde
Tilia platyphyllos Sommer-Linde
 11.9 Artenliste für Obstbaumpflanzungen (autochthones Pflanzmaterial): Mindestqualität: Hochstamm, 3x verpflanzt, Stammumfang mind. 12 - 14 cm
Malus in Sorten Apfel
Prunus in Sorten Steinobst
Fyrus in Sorten Birnen
 11.10 Artenliste für Strauchpflanzungen (autochthones Pflanzmaterial): Mindestqualität: Sträucher 2x verpflanzt, Höhe 100 - 150 cm, Pflanzabstand 1,0 x 1,0 m in Gruppen von 3 - 5 Stück pro Art
Cornus mas Kornelkirsche
Cornus sanguinea Hartriegel
Corylus avellana Haselnuss
Crataegus sp. Weißdorn
Ligustrum vulgare Liguster
Lonicera xylosteum Heckenkirsche
Prunus spinosa Schlehe
Rosa canina Hunds-Rose
Salix in Arten Strauchweiden
Sambucus nigra Schwarzer Holunder
Viburnum lantana Vollerger Schneeball
Viburnum opulus Gemeiner Schneeball

E. VERFAHRENSVERMERKE

1. Der Stadtrat Töging a. Inn hat in der Sitzung vom 25.03.2021 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die 11. Änderung des Bebauungsplans Nr. 1 "für das Gebiet an der Weichselstraße - Bundesbahn - Wolfgang-Leeb-Straße" beschlossen. Der Änderungsbeschluss wurde am 25.08.2022 ortsüblich bekannt gemacht.
2. Der Bebauungsplan wurde im beschleunigten Verfahren nach § 13a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BauGB geändert. Auf die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wurde verzichtet. Stattdessen konnte sich die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung in der Fassung vom 25.03.2022 in der Zeit vom 29.08.2022 bis 20.09.2022 unterrichten und sich dazu äußern.
3. Der Bebauungsplan wurde im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BauGB geändert. Auf die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB wurde verzichtet.
4. Zu dem Entwurf der Bebauungsplanänderung in der Fassung vom 25.03.2022 wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 25.08.2022 bis 24.10.2022 beteiligt.
5. Der Entwurf der Bebauungsplanänderung in der Fassung vom 25.03.2022 wurde mit der Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 21.09.2022 bis 24.10.2022 öffentlich ausgestellt.
6. Die Stadt Töging a. Inn hat mit Beschluss des Stadtrats vom die 11. Änderung des Bebauungsplans gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom als Satzung beschlossen.
 Töging a. Inn, den
 Dr. Windhorst, 1. Bürgermeister
7. Ausgefertigt
 Töging a. Inn, den
 Dr. Windhorst, 1. Bürgermeister
8. Der Satzungsbeschluss zur 11. Änderung des Bebauungsplans Nr. 1 "für das Gebiet an der Weichselstraße - Bundesbahn - Wolfgang-Leeb-Straße" wurde am gemäß § 10 Abs. 3 Halbsatz 2 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Die Bebauungsplanänderung mit Begründung wird seit diesem Tag zu den üblichen Dienststunden in der Gemeinde zu jedermanns Einsicht bereitgehalten und über dessen Inhalt auf Verlangen Auskunft gegeben. Der Bebauungsplan ist damit in Kraft getreten. Auf die Rechtsfolgen des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB und die §§ 214 und 215 BauGB wurde in der in der Bekanntmachung hingewiesen.
 Töging a. Inn, den
 Dr. Windhorst, 1. Bürgermeister

STADT TÖGING A. INN

11. Änderung des Bebauungsplans Nr. 1
 "für das Gebiet an der Weichselstraße -
 Bundesbahn - Wolfgang-Leeb-Straße"
 im Verfahren nach § 13a BauGB
 mit Grünordnungsplan

